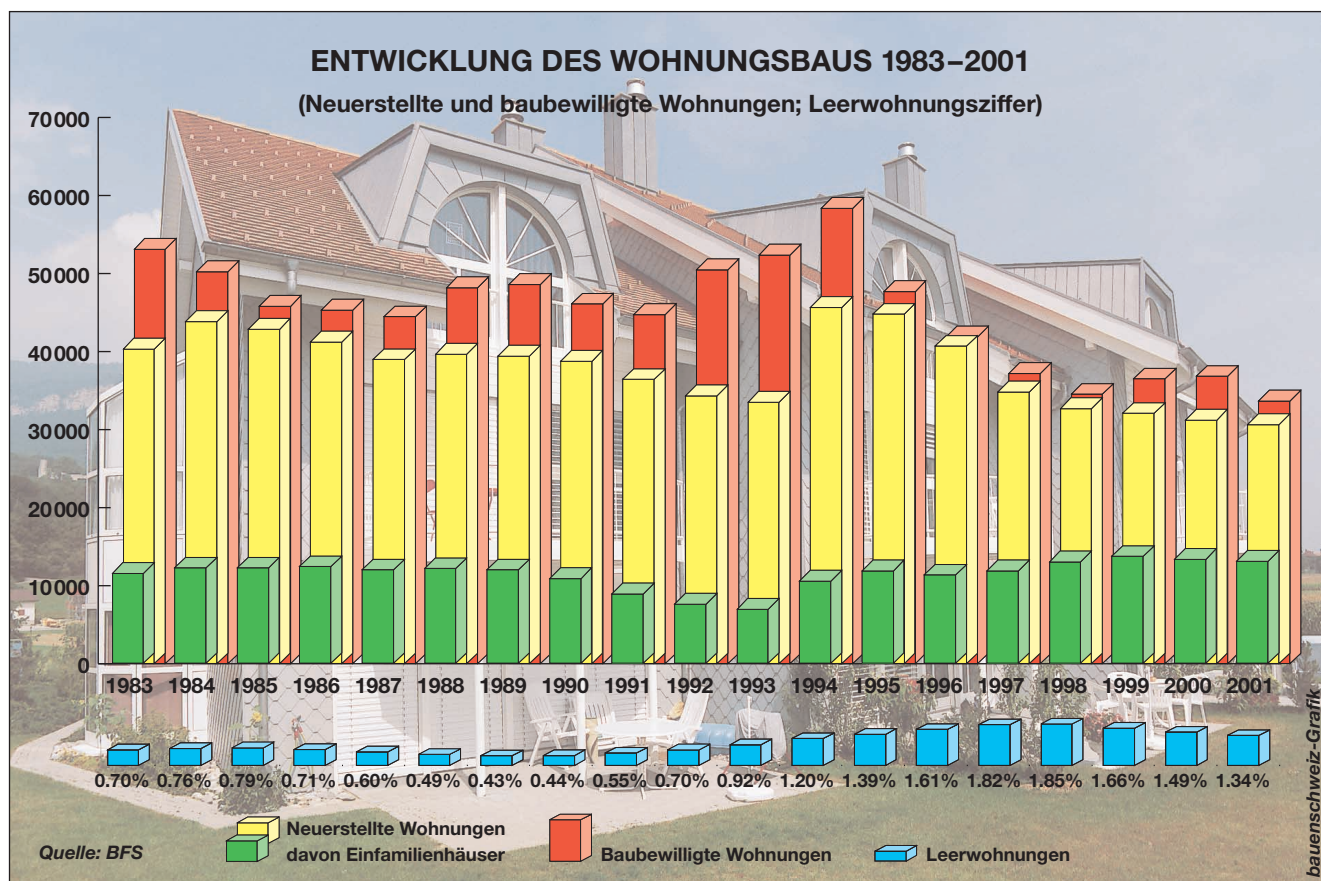


## Die Bauwirtschaft stellt sich der Zukunft

«Die Bauwirtschaft muss vermehrt zu einem politischen Machtfaktor in der Schweiz werden.» Dies forderte Ständerat Hans Hofmann, Präsident von bauenschweiz, anlässlich einer Präsentationsveranstaltung der Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft vor rund 50 eidgenössischen Parlamentariern, Exponenten von bauorientierten Bundesämtern sowie Medienvertretern Anfang Juni in Bern. Ständerat Hofmann sprach sich gegen die zu hohe Regelungsdichte für das Baugewerbe aus. Gewerbe und Wirtschaft dürften im Gesamtinteresse für Standortattraktivität und Konkurrenzfähigkeit im europäischen Wettbewerb nicht noch mehr belastet werden. Den bilateralen Verträgen mit der EU räumt er neben Risiken durchaus auch Chancen für die Bauwirtschaft ein. Der Anlass stiess auf reges Interesse und bildete den eigentlichen Neuaufbruch der Bauwirtschaft in die Zukunft unter der neuen Bezeichnung bauenschweiz.



25 Jahre Bauwirtschaftsspiegel: Als Folge unverhältnismässiger staatlicher Konjunkturingriffe (Bau- und Kreditstopp), gepaart mit einer allgemeinen Wirtschaftskrise, brach der Wohnungsbau zwischen 1973 und 1977 völlig zusammen. Wurden 1973 noch rund 82000 Wohnungen neu erstellt, waren es 1977 nur noch 32000 Einheiten. Diese Baukrise führte 1975 zum Schulterchluss der über 60 bauwirtschaftlichen Organisationen im Rahmen der Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz (SBK). – Auf dem konjunkturellen Tiefpunkt 1977 – also genau vor 25 Jahren – wurde von der damaligen SBK der erste Bauwirtschaftsspiegel publiziert; dies mit dem Ziel, auf der Basis guter statistischer Grundlagen eine breite Öffentlichkeit verstärkt auf die Probleme und Anliegen der Bauwirtschaft aufmerksam zu machen. – Die Publikation dieser 100. Nummer des Bauwirtschaftsspiegels fällt mit dem Auftritt der Nachfolgeorganisation *bauenschweiz* zusammen; ein Zeitpunkt, in welchem sich die Situation im Wohnungsbau einmal mehr unerfreulich präsentiert. Lag der Grund der 1973er Krise überwiegend in staatlichen Konjunkturingriffen, so sind es heute vorwiegend strukturelle Gründe in Form von unzumutbar strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen – wie beispielsweise schwer überwindbare Bauvorschriften oder ein zunehmend restriktiveres Mietrecht –, die trotz einer erheblichen Wohnungsnachfrage in den grösseren Agglomerationen die Investoren zunehmend vom Einstieg in den Mietwohnungsbau abhalten, was mit einem weiteren stetigen Rückgang der Wohnbauproduktion verbunden ist.

–KO–

Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Hotel Bellevue Palace in Bern stand die politische Standortbestimmung mit Ausblick in die Zukunft des Präsidenten von *bauenschweiz*. Ständerat Hans Hofmann machte dazu die folgenden Ausführungen: In der Westschweiz heisst es: 'Si le bâtiment marche, tout marche!' Ich glaube, das trifft zu, denn wenn gebaut wird, wird investiert. Und Investitionen sind immer zukunftsgerichtet. Deshalb ist es die Bauwirtschaft, die als erste von einer Rezession betroffen ist. Und wenn sich die Konjunktur erholt, ist sie eine der letzten, die davon profitieren kann.

Vor gut einem Jahr hat sich die Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz neu strukturiert und auch neu orientiert. Mit der Bildung einer schlanken und effizienten Dachorganisation hat sie sich zum Ziel gesetzt, vermehrt gemeinsam aufzutreten und Anliegen, welche alle Branchen betreffen, gemeinsam zu vertreten. Sie will vor allem auch mehr politisches Gewicht erhalten und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit auf die Leistungen, aber auch auf die Probleme der Bauwirtschaft als Ganzes aufmerksam machen.

**Bedeutender Wirtschaftszweig – gewichtiger Machtfaktor**

Die Bauwirtschaft mit ihren rund 500 000 Beschäftigten ist ein sehr bedeutender Wirtschaftszweig. Mit einem jährlichen Branchenumsatz von über 41 Mrd. Franken erwirtschaftet sie rund 1/8 oder 12% des gesamten schweizerischen Bruttoinlandproduktes. Die Bauwirtschaft ist damit auch ein gewichtiger wirtschaftlicher Machtfaktor in unserem Lande. Aber sie müsste dies – eben ein Machtfaktor – vermehrt noch auch politisch sein; und sie sollte bei der Bevölkerung, in der öffentlichen Meinung, das ihr gebührende hohe Gewicht und Ansehen geniessen. Dies zu erreichen, hat sich die Schweizerische Bauwirtschaft zum Ziel gesetzt.

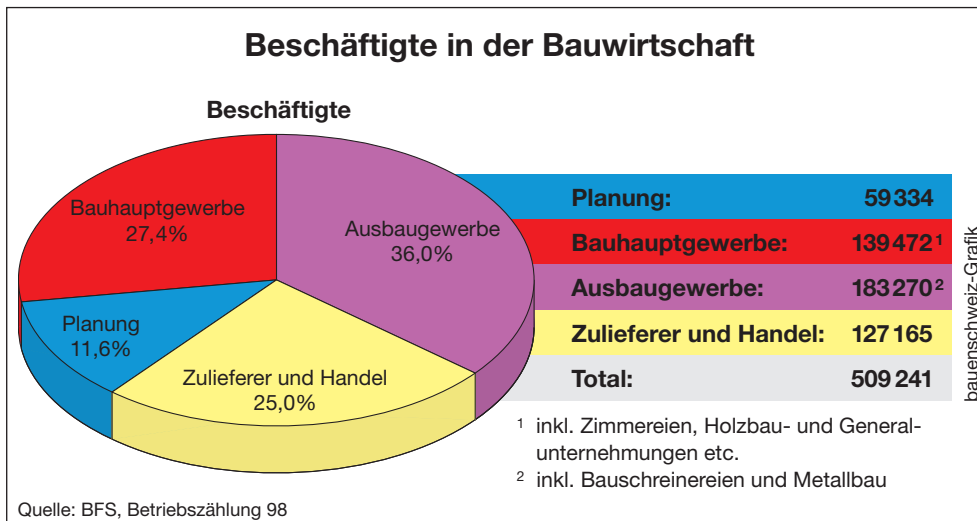
Risiken, sondern auch Chancen. Entscheidend ist, ob wir darauf vorbereitet sind, wie wir den Risiken begegnen und wie wir die Chancen nutzen. Die schweizerische Bauwirtschaft ist für die nun mit der EU beginnende Liberalisierung im öffentlichen Beschaffungswesen gut gerüstet. Trotzdem wird *bauenschweiz* die Entwicklung genau verfolgen, und – sollte politischer Handlungsbedarf gegeben sein – auch sofort das Nötige vorkehren.

Unsere Volkswirtschaft und damit auch die Bauwirtschaft ist auf konkurrenzfähige politische Rahmenbedingungen angewiesen. Ein vorrangiges Ziel der Politik muss es darum sein, gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe nicht nur zu erhalten, sondern vor allem weiter zu verbessern. Bei diesen politischen Rahmenbedingungen denke ich natürlich an die volkswirtschaftliche Bedeutung von gesunden Staatsfinanzen, einer massvollen Steuerpolitik und einer möglichst tiefen Staatsquote.

**Regelungsdichte lichten**

Was das Baugewerbe betrifft, so denke ich vor allem aber an die allgemein viel zu hohe Regelungsdichte, an die langwierigen und komplizierten Bewilligungsverfahren und an die vielfältigen Einsprache- und Beschwerdemöglichkeiten über zu viele Rechtsmittelinstanzen. Gewerbe und Wirtschaft dürfen nur so weit durch staatliche Regelungen eingeschränkt werden, als dies im Gesamtinteresse unbedingt erforderlich ist. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit. Und trotzdem sind – vor allem in den 80er Jahren, als das Waldsterben erfunden wurde – laufend Gesetze und Verordnungen geschaffen worden, die verkomplizieren, erschweren, verzögern und verteuern. Das richtige Mass ist uns dabei verlorengegangen. Anstatt auf der Selbstverantwortung des einzelnen und auch der Wirtschaft aufzubauen, hat man einfach polizeirechtliche Vorschriften erlassen.

Heute, im harten europäischen Standortwettbewerb, können wir uns diesen Verfahrenspfektionismus ganz einfach nicht mehr leisten. Es ist darum höchste Zeit, mit der viel gepriesenen Deregulierung endlich vorwärts zu machen. Das fällt uns Politikerinnen und Politikern aber offenbar schwer, weil wir uns dabei selbst korrigieren müssen. Aber diesen Mut müssen wir haben, im Interesse unserer Standortattraktivität und unserer Konkurrenzfähigkeit im harten internationalen Wettbewerb. Ich werde deshalb einen neuen Deregulierungsversuch unternehmen und meine Motion zur Straffung der UVP-Verfahren und zur



**Gradmesser der Konjunktur und Wirtschaftsmotor**

Noch vor wenigen Jahren erwirtschaftete die Baubranche über 15% des Bruttoinlandproduktes. Trotz der laufenden grossen Bauvorhaben im Bereich der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sind die Bauinvestitionen – gemessen am BIP – in den letzten Jahren markant gesunken. Das gibt zu denken, denn: «Si le bâtiment ne marche plus...», dann folgt mit Sicherheit die ganze Wirtschaft nach. Die Bauwirtschaft ist nicht nur der Gradmesser bevorstehender Konjunkturlagen, sie ist der eigentliche Motor unserer Volkswirtschaft, das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Ohne Investitionen stagniert die Wirtschaft, und auf Stagnation folgt sehr rasch die Rezession.

Anfang Juni sind die bilateralen Verträge mit der EU in Kraft getreten. Für das Baugewerbe beinhalten diese nicht nur

Verhinderung von Missbräuchen beim Verbandsbeschwerderecht – sie scheiterte letzten Herbst im Nationalrat an zwei fehlenden Stimmen – in der Form einer parlamentarischen Initiative erneut einreichen.

**Keine Abstriche bei Bauinvestitionen der öffentlichen Hand**

Wichtig für die Bauwirtschaft ist auch ein konstantes Investitionsvolumen der öffentlichen Hand. Angesichts der zurzeit eher trüben konjunkturellen Aussichten in der Baubranche sollte die öffentliche Hand in den nächsten Jahren bei den Investitionen in Infrastrukturbauten keine Abstriche machen. Der anstehende grosse Bedarf an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und an dringenden Unterhaltsaufgaben darf nicht aus kurzfristigen budgetpolitischen Überlegungen gebremst werden.

Es wird damit ja nicht gespart, sondern lediglich aufgeschoben, was letztlich zu höheren Gesamtkosten führt. Nur eine Verzichtsantrag würde zu einer effektiven dauernden Aufwandminderung führen. Wir werden diesen Umstand im Rahmen des Budgetprozesses und angesichts der Schuldenbremse aufmerksam verfolgen müssen.

### **bauenschweiz: Aufbruch in die Zukunft**

Die Dachorganisation der schweizerischen Bauwirtschaft startet nun offiziell mit ihrem neuen Namen – *bauenschweiz* – in die Zukunft; sie stellt sich der Zukunft. Die Plenarversammlung hat am 11. April dieses Jahres der entsprechenden Statutenänderung zugestimmt. Mit dem neuen Namen wollen wir auch gegen aussen sichtbar machen, dass ein Neubeginn, ein Aufbruch stattfindet. Ein Aufbruch, hinter dem die Bauwirtschaft als Ganzes steht. Ziel ist es, der Bauwirtschaft und damit letztlich unserer ganzen Volkswirtschaft möglichst viele politische Hürden und Stolpersteine aus dem Weg zu räumen und dadurch mitzuhelfen, ihr eine prosperierende und erfolgreiche Zukunft zu sichern.

### **Ziele des Direktors:**

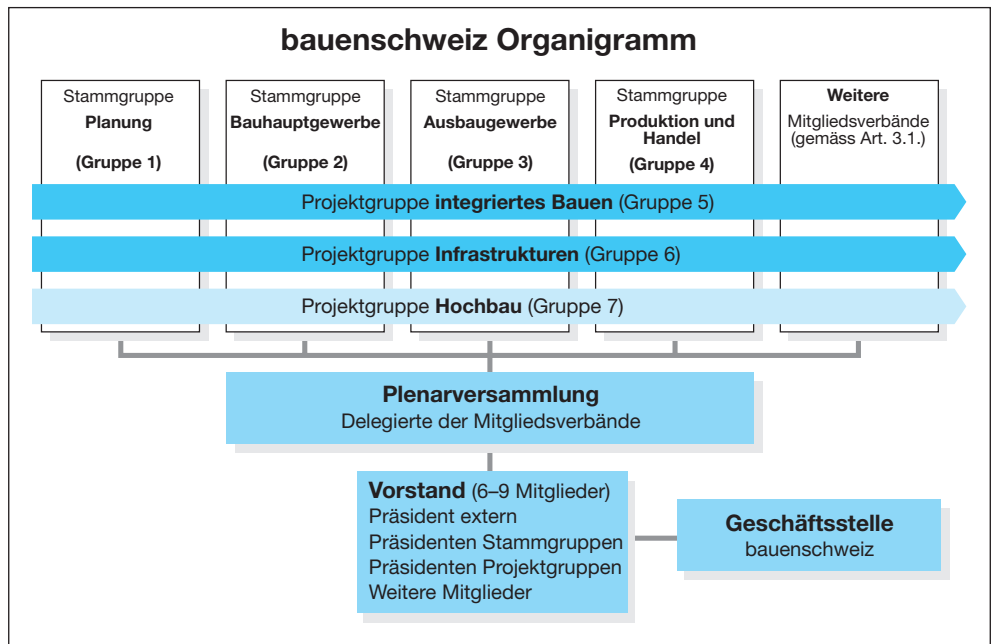
#### **Bessere Zukunft für den Bau**

Joseph Eduard Föhn, Direktor von *bauenschweiz*, skizzierte die Ziele der Dachorganisation: mehr Kraft für die Bauwirtschaft, so dass diese in der Öffentlichkeit, aber auch auf politischer Ebene wieder das Gewicht erhalte, welches ihr auf Grund ihrer Leistungen als Wirtschaftsmotor zustehe. Weiter muss gemäss J.E. Föhn die Bauwirtschaft bei Investoren und Bauherren noch stärker als Erfolgsfaktor für Unternehmensziele eingesetzt werden. Ein drittes Ziel des Direktors ist die grössere Akzeptanz der Bauberufe in der Bevölkerung, in den eidgenössischen Räten, aber vor allem bei den jungen Menschen, dem für die Zukunft der Bauwirtschaft wichtigen fachlichen Nachwuchs. «Die Schweiz des 21. Jahrhunderts ist noch nicht gebaut», so J.E. Föhn weiter, «hierzu braucht es riesige private und öffentliche Investitionen. Unsere Familien leiden unter Wohnungsnot, Lärmbelastung, verstopften Strassen, veralteter Infrastruktur. Unsere Unternehmen beklagen den ruinösen Preiskampf und die fehlende Rendite. Zur Lösung dieser Probleme bietet sich die schweizerische Bauwirtschaft an. Sie verfügt mit rund 500 000 hervorragend ausgebildeten Baufachleuten über ein eindruckliches Kräftepotential, das für die prosperierende Zukunft unserer Schweiz bestens gerüstet ist.»

#### **Podium diskutierte aktuelle Fragen**

Anlässlich der Präsentationsveranstaltung stellten sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion neben dem Präsidenten und dem Direktor von *bauenschweiz* auch die Präsidenten der Stammgruppen den Fragen von Medien, Parlamentariern sowie Exponenten von bauorientierten Bundesämtern.

So unterstrich Max Studer, Präsident der Gruppe Planung, die Wichtigkeit der Qualitätssicherung bei der Ausbildung. Es gehe in erster Linie darum, sich dafür einzusetzen, dass das politische und wirtschaftliche Umfeld so gestaltet werden könne, dass für Planer wieder Zukunftsperspektiven bestünden. Dazu



gehöre auch, dass sich die Honorare wieder vermehrt an qualitativer Leistung sowie am Wettbewerb und weniger an der Fremdbestimmtheit grosser Nachfragekartelle orientieren.

Heinz Pletscher, Präsident der Gruppe Bauhauptgewerbe, forderte die saubere Trennung der Investitionen von den Konsumausgaben. Mit der Schuldenbremse komme nun die Wahrheit an den Tag. Es sei nicht zu begreifen, wie Strassen zu spät saniert würden und die Kosten sich in der Folge verdoppelten, allein wegen ein paar Prozenten an Zinsen, die allenfalls eingespart werden könnten durch Entfremdung von Mitteln aus dem zweckbestimmten Strassenfonds.

Das Ausbaugewerbe mit seinen 33 000 Betrieben und rund 190 000 Beschäftigten stellt den grössten Arbeitgeber innerhalb der Bauwirtschaft dar. Bei aller Unterschiedlichkeit der Fachbereiche dieser Klein- und kleinstunternehmerischen Branchen besteht die Gemeinsamkeit in Gesetzen, Verordnungen und Regelungen, welche auf die administrativen Möglichkeiten der Betriebe keinerlei Rücksichten nehmen. Hansjörg Zimmerli, Präsident der Gruppe Ausbaugewerbe, forderte vom Gesetzgeber daher klarere Vorstellungen über die praktischen Verhältnisse in den Betrieben.

Gemäss Jacques Grob, dem Präsidenten der Gruppe Produktion und Handel, haben die Baustofflieferanten durch die Öffnung der Märkte eine eigentliche Internationalisierung erfahren. Aufgaben und Ziele der Gruppe bestehen im Beobachten, der Einflussnahme und der Umsetzung der Normung und technischen Harmonisierung. Weiter sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen – derzeit speziell die Produkthaftpflicht und das Bauproduktegesetz – für die Branche von Bedeutung. Forschung, Entwicklung und Prüfung in den Bereichen Bauprodukte und Bausysteme sowie der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit nationalen Verbänden bilden weitere Schwerpunkte.

Fritz Haldimann, Präsident der Gruppe integriertes Bauen, plädierte für dringend notwendige Veränderungen im Bauprozess. Den in der Industrie erfolgreichen Kooperationsmodellen soll auch in der Baubranche zum Durchbruch verholfen werden. Dies unterstreiche den Trend vom Baugewerbe hin zur Bauindustrie. Grosse Bedeutung kommt im Bereich des integrierten Bauens auch den stark reduzierten Umweltbelastungen bei der Errichtung, dem Betrieb sowie bei der Entsorgung von Bauwerken zu.

Gabriel Barrillier, Vertreter der Romandie im Vorstand von *bauenschweiz*, wies mit grosser Sachkompetenz auf die Besonderheiten der Westschweiz hin, betonte aber auch vor

allein die zahlreichen Parallelen und gemeinsam zu lösenden Probleme.

In einer angeregten Diskussion standen die Vertreter des Vorstandes von *bauenschweiz* den Medienschaffenden, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Vertretern verschiedener Bundesämter Rede und Antwort und sorgten mit ihren fundierten Voten dafür, dass der Aufbruch der Bauwirtschaft in die Zukunft gleichzeitig zu einem erfolgreichen Start von *bauenschweiz*, der Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft, geworden ist.



## Zur Lage der Bauwirtschaft

### Planung und Projektierung

#### Verlangsamter Nachfragerückgang

Im Planungs- und Projektierungssektor fiel der Geschäftsgang im 1. Quartal des laufenden Jahres mehrheitlich noch zufriedenstellend aus. Andererseits hielt der Rückgang der Nachfrage nach Planungsleistungen, gemessen an den Projektsummen der neu vergebenen Aufträge, an. Diese Folgerungen ergeben sich aufgrund der neusten Erhebungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) bei den Planungsfirmen des *Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Verbands* (SIA) vom 1. April 2002.

Entsprechend wurden die Neuaufträge im Projektierungssektor im 1. Quartal 2001 insgesamt noch von 15 Prozent der Planungsfirmen (Vorjahr 31 %) als besser, von 59 Prozent (Vorjahr 52 %) als gleichbleibend und von 26 Prozent (Vorjahr 17 %) aller Projektierenden als schlechter eingestuft.

Die Talfahrt wurde allerdings leicht abgebremst, wurden doch die Neuaufträge per Saldo nur noch von einer Mehrheit von 11 Prozent der Befragten als abnehmend beziffert. Im Vorquartal betrug die entsprechende Abnahme noch 22 Prozent, während vor Jahresfrist allerdings noch eine Zunahme von 14 Prozent zu verzeichnen war.

Den grössten Rückgang der Nachfrage in den letzten drei Monaten erfuhr nach Meinung der Befragten der öffentliche Tiefbau (-19%), gefolgt vom gewerblich-industriellen Bau

und vom öffentlichen Hochbau (mit je -18%), während eine Mehrheit von per Saldo noch 7 Prozent der Testteilnehmer den Wohnungsbau als abnehmend einschätzten.

In bezug auf die Auftragseingänge in den kommenden drei Monaten ist der Planungssektor weniger pessimistisch, wobei die Architekten die künftige Entwicklung zuversichtlicher als die Ingenieure beurteilen.

Mit Blick auf die Entwicklung der Geschäftslage bis Ende September 2002 erwarten die Architekten eine leichte Verbesserung der Lage, während die Ingenieure die Situation bis zum Herbst pessimistischer einschätzen; dies mit entsprechenden Auswirkungen auf den künftigen Personalbedarf.

## Bauhauptgewerbe

### Weiterer markanter Rückgang – anhaltend schlechte Aussichten

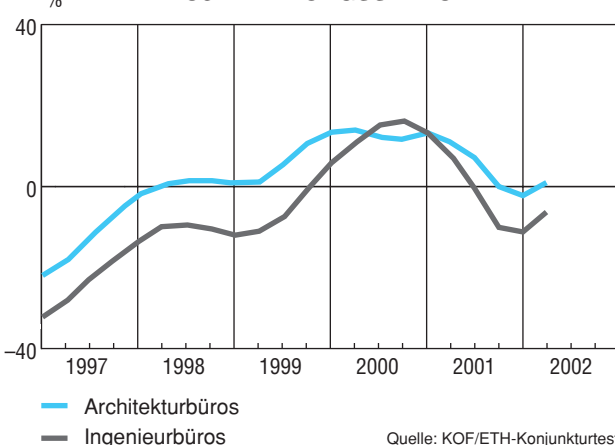
Die per Stichtag 31. März 2002 durchgeführte Konjunkturerhebung des *Schweizerischen Baumeisterverbandes* (SBV) bestätigt für das 1. Quartal die ungünstige Entwicklung, die seit Ende des letzten Jahres prognostiziert wurde. Sowohl von privater wie von öffentlicher Seite werden immer weniger Bauinvestitionen getätigt. So setzt sich der markante Rückgang der Auftragseingänge fort, was zu einer Reduktion der Bautätigkeit und der Umsätze führt. Aus heutiger Sicht wird dieser Trend auch in den kommenden Monaten andauern.

Der Auftragseingang im 1. Quartal 2002 liegt nominell, d.h. zu laufenden Preisen, rund 14 % unter demjenigen des 1. Quartals des Vorjahrs. Dabei betrug der Rückgang im Hochbau 3,4%, derjenige im Tiefbau 26 %. Eine Betrachtung der Jahreswerte zwischen dem 1.4.2001 und dem 31.3.2002, ohne Berücksichtigung der im letzten Sommer und Winter vergebenen drei grossen, in dieser Art einmaligen Baulose für die NEAT (Gotthard)<sup>1</sup>, ergeben einen Rückgang bei den neuen Bestellungen von insgesamt 16,2 %, wovon -1,2 % auf den Hochbau und -31,5 % auf den Tiefbau entfallen. Der massive Einbruch des Auftragseingangs seit Anfang Jahr betrifft nahezu alle Kantone, ausgenommen Luzern und Schwyz.

Die niedrigeren Auftragseingänge führen zwangsläufig zu einer Abschwächung der Bautätigkeit. So liegen die Umsätze des 1. Quartals 2002 nominell 2,8% unter demjenigen des gleichen Quartals 2001. Dabei ist gesamtschweizerisch im Hochbau noch eine Steigerung von 6,3% zu verzeichnen. Im Tiefbau, wo die NEAT-Aufträge Gotthard noch wenig wirksam sind, liegen sie dagegen 12,7% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die inzwischen eingetretene Teuerung ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Im Quartalsvergleich nahm der *Arbeitsvorrat* per 1.4.2002 gegenüber dem 1.1.2002 gesamthaft leicht um 6,3 % zu (Hochbau +6,9 %, Tiefbau +6,0 %). Im Jahresvergleich und unter Ausklammerung der drei NEAT-Baulose Gotthard stellt man jedoch eine starke Abnahme der Arbeitsvorräte fest (insgesamt -17,1 % bzw. -4,3 % im Hochbau und -25,0 % im Tiefbau). Der «NEAT-bereinigte» Vorrat<sup>2</sup> entspricht nach unseren Schätzungen einer durchschnittlichen Auslastung der vollen

**ERWARTETE GESCHÄFTSLAGE  
IN DEN NÄCHSTEN 6 MONATEN IM  
PROJEKTIERUNGSSEKTOR\***



\* Saldo aus zu- und abnehmenden Beurteilungen

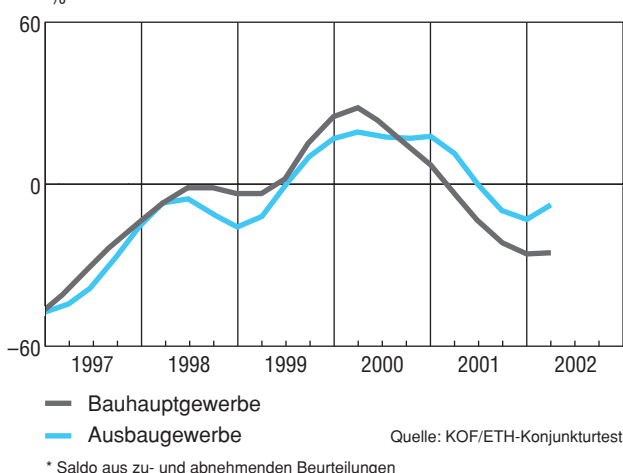
<sup>1</sup> Der Einfluss dieser Aufträge auf die Beschäftigung bzw. den Personaleinsatz bleibt wegen des hohen Auslandanteils und des hohen Mechanisierungsgrads gering; im übrigen sind sie nur auf lange Sicht wirksam (Realisierungszeit 8–10 Jahre). Aus diesen Gründen rechtfertigt sich ihre Ausklammerung bei kurz- und mittelfristigen Vergleichen; andere, wenig gewichtige Grossaufträge wie NEAT-Lötschberg, Bahn 2000, usw., bleiben aufgrund der Vergleichbarkeit in den statistischen Aussagen enthalten.

<sup>2</sup> d.h. um 2,9 Mrd. Fr. reduziert, was dem verbleibenden Vorratswert der 3 Hauptlose NEAT-Gotthard entspricht.

Kapazitäten von 5,3 Monaten im Hochbau und von 7,1 Monaten im Tiefbau (Vorquartal: 4,8 bzw. 6,8 Monate, Vorjahr: 5 bzw. 8 Monate). Von diesem Vorrat werden im zweiten Quartal 2002 schätzungsweise 46% im Hochbau und 30% im Tiefbau – wiederum ohne Berücksichtigung NEAT-Gotthard – abgebaut bzw. realisiert (*Bauvorhaben*).

Die Zahl der *Vollzeitbeschäftigten* im Bauhauptgewerbe hat im Jahresvergleich weiter abgenommen (-2,7%). Am auffälligsten ist einmal mehr der deutliche Rückgang bei den Jahresaufenthaltern (-10,4%).

**ERWARTETE GESCHÄFTSENTWICKLUNG  
IN DEN NÄCHSTEN 6 MONATEN IM BAUGEWERBE\***



Die Ausgaben für Neuinvestitionen in *Baubetriebsinventar* liegen insgesamt rund 10% über dem (bereits hohen) Niveau des Vorjahresquartals. Dabei trugen viele Firmen, die direkt oder indirekt mit den neuen NEAT-Projekten Gotthard engagiert sind, am meisten zu dieser Zunahme bei. Ohne diese lägen die Investitionsausgaben rund 10% tiefer als im Vorjahr.

Ergänzend zur SBV-Erhebung meldet die KOF/ETH aufgrund ihrer eigenen Umfrage pessimistische Zukunftserwartungen seitens der Unternehmen; diese rechnen weiter mit sinkenden Auftragseingängen und tieferen Preisen und somit mit einer sich weiter verschlechternden *Ertragslage*.

## Ausbaugewerbe

### Kein Grund für Optimismus

Auch im Ausbaugewerbe hat sich die Bautätigkeit zu Jahresbeginn weiter abgeschwächt, und auch die Geschäftslage wird im 1. Quartal 2002 etwas weniger zuversichtlich beurteilt. Die per 1. April des laufenden Jahres vorhandenen Auftragspolster werden als zu gering eingestuft. Gemäss KOF-Umfrage tendieren die Auftragseingänge in den nächsten sechs Monaten gemäss Beurteilung der Testteilnehmer weiterhin nach unten. Entsprechend rechnen auch die Branchen des Ausbaugewerbes weiterhin mit sinkenden Preisen.

Vom Rückgang betroffen sind vornehmlich die Haustechnikbranchen (Installationen). Dies zeigt sich auch an der Auslastung der Kapazitäten. So ist der Auslastungsgrad in den Branchen des Ausbaugewerbes innert dreier Monate insgesamt von 73,6 auf 68,8 Prozent gesunken. Am besten ausgelastet sind die Elektroinstallateure (86,6%), gefolgt von den Bereichen Heizung und Klima (73,3%), während der Auslastungsgrad bei den Sanitärinstallateuren sowie den übrigen

Branchen des Ausbaugewerbes (Schreiner, Maler, Metallbau etc.) mit 69,2 Prozent am geringsten ausfällt. Entsprechend rechnet das Ausbaugewerbe in nächster Zeit mit einem weiteren leichten Personalabbau.

## Baustoffproduktion und Handel

Die rückläufige Bautätigkeit widerspiegelt sich auch in einer Abschwächung des Absatzes im Bereich Baustoffproduktion und Handel. So haben beispielsweise die Zementlieferungen, gemäss Mitteilung des *Verbandes der Schweiz. Zementindustrie (Cemsuisse)*, im 1. Quartal 2002 seit längerer Zeit erstmals wieder abgenommen (-3,8% im Vergleich zum Vorjahr, real in Tonnen).

Die zunehmende Vorsicht der Unternehmungen äussert sich auch durch eine vermehrte Zurückhaltung in bezug auf die Vornahme von Investitionen in Maschinen und Geräte, indem in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in 20 von 25 Kantonen zum Teil deutliche Abnahmen zu verzeichnen sind.

## Fazit

Die neusten Erhebungen in der Bauwirtschaft per 1. April 2002 zeigen, dass sowohl die Planungsleistungen als auch die Bauaktivitäten rückläufig sind. Der Arbeitsvorrat im Hochbau schrumpft, und die Zahl der Beschäftigten hat in den meisten Branchen in Planung und Bauausführung abgenommen.

Die Ursache für die verhaltene Entwicklung im gewerblich-industriellen Bau liegt weiterhin in der schleppenden und unsicheren allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die zahlreiche Investoren veranlasst, Bauvorhaben zurückzustellen und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Ähnliches gilt für den Wohnungsbau, wo die Unsicherheit über die künftige Ausgestaltung des in Revision begriffenen Mietrechts, die vielfältigen administrativen Hindernisse und behördlichen Auflagen oder missbräuchliche Einsprachen viele potentielle Investoren davon abhalten, trotz zunehmender Verknappungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt in den grossen Agglomerationen, in den Mietwohnungsbau einzusteigen. Die wirksamste Wohnbauförderung erfolgt nicht primär über staatliche Fördermassnahmen, sondern über eine liberalere, marktkonformere Ausgestaltung des Miet- und Baurechts. Wen wundert's, dass nach einem Rückgang der Neubewilligten Wohnungen im Jahre 2001 um 8,5 Prozent, im 1. Quartal des laufenden Jahres die Zahl der Neubewilligten Wohnungen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erneut um 16 Prozent zurückgegangen sind.

Bedenklich ist aber, dass auch der öffentliche Bau im 1. Quartal deutlich abgenommen hat; ein Zeichen dafür, dass die öffentliche Hand auf allen Ebenen, ungeachtet gegenteiliger Beteuerungen, ihre konjunktur- und beschäftigungspolitische Verantwortung im Sinne einer Stabilisierung der Bauinvestitionen nicht wahrnimmt, und einmal mehr aus rein fiskalischen Überlegungen den Sparhebel bei der frei verfügbaren Manövriermasse, den Bauinvestitionen, ansetzt und dazu beiträgt, den baukonjunkturellen Rückgang noch zu beschleunigen. Der Bedarf an öffentlichen Bauinvestitionen ist sehr gross, und im Bereich der öffentlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen wäre die Finanzierung mehr als gesichert. Ein Hinausschieben von notwendigen Bauinvestitionen aus budgetkosmetischen Gründen kommt die Öffentlichkeit letztlich über höhere Kosten viel teurer zu stehen.

Das Baujahr 2002 hat also wenig verheissungsvoll begonnen. Es zeichnet sich ab, dass jene Prognoseinstitute, welche die Bauinvestitionen für die kommenden beiden Jahre nach unten korrigiert haben, leider recht bekommen.

